

Eing. 20. NOV. 2019

PGL-1023309-2019-LAT

Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,  
Landesregierung und Stadtsenat

## A b ä n d e r u n g s a n t r a g

5

LE

der Landtagsabgeordneten Dr. Kurt Stürzenbecher, Mag.<sup>a</sup> Nicole Berger Krotsch (SPÖ), David Ellensohn (GRÜNE), Dipl. Ing.<sup>in</sup> Elisabeth Olischar, BSc (ÖVP), Armin Blind, Mag. Dietbert Kowarik und Mag. Alexander Pawkowicz (FPÖ), sowie Christoph Wiederkehr, MA (NEOS)

eingebraucht zu Post **Nr. 8** der Tagesordnung für die Sitzung des Wiener Landtages vom 20. November 2019 betreffend

### **ein Gesetz, mit dem die Wiener Gemeindewahlordnung 1996 – GWO 1996 geändert wird**

#### **Begründung**

Der als Initiativantrag eingebrachte und am 15. November 2019 vom Ausschuss für Bildung, Integration, Jugend und Personal beschlossene Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Wiener Gemeindewahlordnung 1996 – GWO 1996, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. für Wien Nr. 20/2016, geändert wird, sieht in Z 22 vor, dass die Voraussetzungen für die Bestellung von Zustellungsbevollmächtigten der wahlwerbenden Parteien neu geregelt werden.

Die bisherige Regelung des § 43 Abs. 2 Z 3 der Wiener Gemeindewahlordnung 1996 hat auf das Vorliegen der „vollen Geschäftsfähigkeit“ der zustellbevollmächtigten Person abgestellt. Mit dem 2. Erwachsenenschutzgesetz, BGBl. I Nr. 59/2017, hat der Bundesgesetzgeber das Vorliegen der Geschäftsfähigkeit neu geregelt und ist daher die Regelung in der GWO 1996 an die neue Rechtslage anzupassen.

Der ursprüngliche Initiativantrag sah eine Regelung entsprechend den bisherigen Bestellvoraussetzungen vor. Es wäre jedoch zweckmäßig, zudem klarzustellen, dass auch vom passiven Wahlrecht ausgeschlossene Personen nicht als zustellungsbevollmächtigte Personen bestellt werden können. Die Bestellvoraussetzung soll daher ausdrücklich an das Bestehen des passiven Wahlrechtes zum Gemeinderat oder zu den Bezirksvertretungen angeglichen werden.

Die unterfertigten Abgeordneten zum Wiener Landtag stellen daher gemäß § 126 Abs. 2 der Wiener Stadtverfassung iVm § 30d Abs. 2 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien folgenden

## A b ä n d e r u n g s a n t r a g

Der Wiener Landtag wolle beschließen:


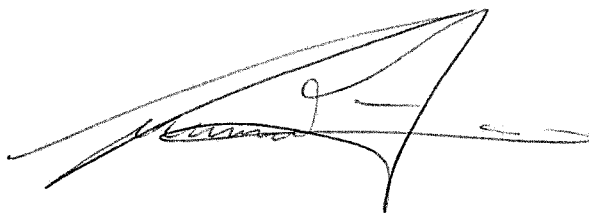
In Z 22 des als Initiativantrag eingebrachten und am 15. November 2019 vom Ausschuss für Bildung, Integration, Jugend und Personal beschlossene Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Wiener Gemeindewahlordnung 1996 - GWO 1996, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. für Wien Nr. 20/2016, geändert wird, ist folgende Änderung vorzunehmen:

Die Ziffer 22. lautet wie folgt:

22. § 43 Abs. 2 Z 3 lautet:

“3. die Bezeichnung eines zustellbevollmächtigten Vertreters und eines Stellvertreters (Vorname und Familienname, Beruf und Adresse). Der zustellungsbevollmächtigte Vertreter (Stellvertreter) muss geschäftsfähig im Sinne des § 865 des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches (ABGB), JGS 946/1811, in der Fassung BGBl. I Nr. 74/2019, sein und die Voraussetzungen des § 42 Abs. 1, 2 oder 3 erfüllen.“

Wien, am 20. November 2019



Simon Kunz  
Kurt Stürzenberger  
Gisela Berger-Höck  
E. Müller

